



Gesundheitsdirektion Kanton Zürich
Herr Regierungsrat Dr. Thomas Heiniger
Stampfenbachstrasse 30
8090 Zürich

generalsekretariat@gd.zh.ch

27. Februar 2015

Vernehmlassung: Gesetz über das Universitätsspital (USZG) Änderung; Übertragung der Immobilien im Baurecht

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Thomas Heiniger

Für die uns gebotene Möglichkeit zur Vernehmlassung Stellung nehmen zu können, danken wir. Die EVP-Kommission „Gesundheit und Soziales“ unter Leitung von Kantonsrat Markus Schaaf, Zell, hat eine Stellungnahme erarbeitet, welche von der Parteileitung verabschiedet wurde.

Ausgangslage

Durch die Einführung des Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes hat sich die Ausgangslage für alle Spitäler im Kanton Zürich, und fürs USZ im Besonderen, grundlegend verändert. Alle Spitäler müssen sich jetzt alleine durch subjektfinanzierte Erträge finanzieren. Im Vergleich zu den übrigen Listenspitälern wird dem USZ eine höhere Baserate zugestanden, damit wird das Unternehmen für seinen Zusatzaufwand von Forschung und Lehre entschädigt. Ansonsten ist –aus Sicht des Gesetzgebers– das USZ heute den übrigen Listenspitälern gleich gestellt.

IKS und Risikomanagement

Höhere Selbständigkeit und Kompetenzen bedeuten zugleich ein höheres Mass an Verantwortung, welche das USZ übernehmen muss. Die EVP begrüsst, dass nun endlich auch bei diesem bedeutsamen Unternehmen in unserem Kanton ein Risikomanagement, sowie ein IKS eingeführt werden. Immerhin sind diese strategischen Führungsinstrumente bei KMUs bereits seit 2008 als Minimalstandards gefordert.

Eigentümerstrategie

Die EVP begrüsst ausdrücklich, dass fürs USZ eine Eigentümerstrategie erarbeitet wird. Problematisch ist für uns, dass der Regierungsrat diese in eigener Kompetenz festsetzen will. Die Eigentümerstrategie ist vom Kantonsrat genehmigen zu lassen.

Grössere Partizipation des Parlaments

Weiter fällt uns auf, dass mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf die Möglichkeit zur Einflussnahme ganz klar weg vom Parlament, hin zum Regierungsrat verschoben wird. Der Regierungsrat hat in der Vergangenheit mehrfach auf seinen Rollenkonflikt als Regulator, Geldgeber und Mitbewerber hingewiesen. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf verschärft sich dieser Rollenkonflikt, da die Interessen der Eigentümerschaft – der Zürcher Bevölkerung – ausschliesslich durch den Regierungsrat wahrgenommen werden.

Die EVP fordert eine aktivere Möglichkeit der Einflussnahme bei folgenden Punkten:

- | | |
|------------|--|
| § 9 Abs. 3 | Festsetzung der Eigentümerstrategie (zumal hier entscheidende Weichenstellungen z.B. zur Aufnahme von Fremdmitteln gemacht werden) |
| §9 Abs. 6 | Genehmigung der Jahresrechnung und Verwendung des Gewinns |
| §9 Abs. 9 | Wahl des Spitalrats und Spitalratspräsidenten |

Eine stärkere Partizipation des Parlaments könnte beispielsweise geschaffen werden durch den Einsitz von zwei Kantonsräten im Spitalrat. Damit würden ähnliche Verhältnisse geschaffen, wie z.B. bei der GVZ oder EKZ.

Baurechtsmodell und Immobilienmanagement

Als eine der grössten Herausforderungen beim USZ sehen wir den angestauten Investitionsbedarf bei den Immobilien. Während Jahrzehnten hat es der Kanton – als Eigentümer – unterlassen, die dringend nötigen Sanierungs- und Erneuerungsmassnahmen anzugehen. Diese Unterlassungen sind bei der Übertragung des Eigentums zu berücksichtigen. Ebenso ist bei der Bewertung der Liegenschaften zu berücksichtigen, dass diverse Liegenschaften im Inventar der denkmalgeschützten Bauten aufgeführt sind – und damit nur mit deutlich höherem Aufwand saniert werden können.

Mit der Einführung der subjektbasierten Eigenfinanzierung ist es folgerichtig, dass das USZ seine Immobilien selber unterhalten, bewirtschaften und finanzieren soll und muss. Mit der Übertragung der Immobilienwerte im Baurecht schafft der Kanton dafür die nötigen Grundlagen.

Freundliche Grüsse

Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Zürich

Der Präsident

Der Geschäftsführer

Johannes Zollinger
Kantonsrat

Peter Reinhard
Kantonsrat